

Der Wumms-Kandidat

Die SPD braucht einen Kanzlerkandidaten – jetzt. Und der richtige Mann steht auch bereit | Von Ulrich Deppendorf

Ein Intrigantenstadl, dieser SPD-Vorstand – so beschrieben vor ein paar Monaten mehrere ehemalige SPD-Vorsitzende wie Björn Engholm, Kurt Beck und Sigmar Gabriel in der *Süddeutschen Zeitung* die Zustände in den Führungsgremien ihrer Partei. Ein weiteres Charakteristikum: Immer wenn die SPD erfolgreiche Politik gemacht hat, schuf sie sich ein Problem mit ihren Führungsfiguren, besonders mit ihren Kanzlern: Mit Willy Brandt, mit Helmut Schmidt, mit Gerhard Schröder. Sie wurden von ihren eigenen Parteigenossen so sehr beschädigt, dass sie entweder abdanken mussten oder eine Wahl verloren.

Über die Hartz-IV-Gesetze und deren Folgen haben die Sozialdemokraten leidenschaftlich gestritten. Am Ende haben sie sich von der Politik ihres Kanzlers Gerhard Schröder distanziert. Sie waren so lange mit sich selbst im Unreinen, dass sich ihre Wähler aus Enttäuschung, Verzweiflung und Wut anderen Parteien zuwandten. Leider auch der AfD. Die traditionsreiche SPD war kein Anker mehr

– weder für die sogenannte alte Arbeiterklasse noch für die sogenannte neue digitale Arbeiterklasse und auch nicht für Schriftsteller, Künstler oder Studenten. Sie hatte auch noch das Pech – oder war es Unvermögen? –, dass die CDU-Kanzlerin Angela Merkel in der Groko viele SPD-Themen selbst abräumte und die Erfolge der SPD in der Öffentlichkeit unter Wert verkauft wurden.

In den Krisen der vergangenen Jahre strahlte am Ende immer Merkel, und die einstige mächtige Volkspartei SPD schaffte es bis zuletzt nicht, aus dem Umfragelot von 15 bis 16 Prozent herauszukommen. Dabei half, dass die SPD ein neues innerparteiliches Streitthema entdeckt hatte: den Verbleib in der Regierungskoalition.

Mit einer hippen Roadshow und einer dann aber schlappen Mitgliederbefragung sollte nach dem bitteren Abgang von Andrea Nahles ein neues strahlendes Vorsitzendenpaar gewählt werden. Getrieben vom Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert wurden es jedoch nur zwei mä-

ßig bekannte Genossen: Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Sie gewannen mit dem Slogan: Scholz verhindern und raus aus der Groko. Doch kaum gewählt, galt das Versprechen in Sachen Koalitionsausstieg schon nicht mehr. Das war die nächste Enttäuschung für Parteimitglieder und Groko-kritische SPD-Wähler. Esken und Walter-Borjans haben ihrer Partei bis heute keinen neuen Schub verpasst.

Dann kam Corona. Olaf Scholz und Hubertus Heil entwickelten sich in der Krise zu SPD-Fixpunkten – neben der CDU-Kanzlerin, die wiederum erneut zum gro-



ULRICH DEPPENDORF
ist Herausgeber des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis April 2015 war er Studioteiler und Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio.

ßen Umfragestar wurde und die Union zurück in die 40-Prozent-Region aufstiegen ließ. Bei der SPD fielen die neuen Vorsitzenden dagegen mit vorschnellen, unglücklichen und unbedachten Äußerungen auf. Esken's Rassismus-Vorwurf gegen die Polizei ist das jüngste Beispiel. Mit ihrem plötzlichen Schwenk im Koalitionsausschuss hin zur E-Mobilität vergraulten die beiden SPD-Vorsitzenden dann auch noch die Arbeiter in den Automobilwerken.

Das neue Vorsitzenden-Duo hat nicht die Statur, diese Entscheidung den VW-, Mercedes- oder BMW-Arbeitern mit der notwendigen Autorität zu erklären. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften ist nachhaltig beschädigt.

Und dann ist da noch die K-Frage. Ob die SPD-Führung es mag oder nicht, sie ist für die Partei jetzt und nicht erst am Ende des Jahres oder im Frühjahr 2021 die wichtigste Entscheidung. Wenn die SPD überhaupt noch eine Chance auf das Kanzleramt bei der Bundestagswahl haben will, dann muss sie diese Frage schnell beantworten.

Sie hat den nach Merkel momentan bei den Wählern beliebtesten SPD-Politiker in ihren Reihen, ein Mann mit großer Krisenerfahrung – national und international: Olaf Scholz. Das begreifen langsam selbst die neuen Parteivorsitzenden – nur der einst mächtige Landesverband Nordrhein-Westfalen hat mit ihm noch seine Probleme. Gegen die derzeit aussichtsreichen Kandidaten bei der Union Markus Söder, Armin Laschet und Friedrich Merz sollte Scholz zumindest gegen die letzten beiden gute Chancen haben, bei Söder könnte es enger werden. Deshalb sollten die Sozialdemokraten den Finanzminister ziemlich schnell zum Kanzlerkandidaten küren.

Die SPD hat selbst in einer Untersuchung festgestellt, dass sie bei der Bundestagswahl 2017 ihren Kanzlerkandidaten zu spät ernannt hat. Ein weiteres Mal sollte der Partei dieser Fehler nicht unterlaufen. SPD-Intrigantenstadl gab es genug. Will die SPD erfolgreich bei der Bundestagswahl 2021 sein, benötigt sie ab sofort einen Wumms-Kandidaten.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Weltbühne

Als so herausfordernd hat Angela Merkel die nun auf sie zukommende Aufgabe charakterisiert, dass sie sich sogar einen Hauch Selbstkritik erlaubte. „Die Pandemie hat offengelegt, wie fragil das europäische Projekt noch ist. Die ersten Reflexe, auch unsere eigenen, waren eher national und nicht durchgehend europäisch. Das war, so gut manche Gründe dafür auch gewesen sein mögen, vor allem unvernünftig.“ Von diesem Mittwoch an muss sich die Kanzlerin als europäische Vernunft- und Gefühlspolitikerin bewähren. Für sechs Monate übernimmt sie die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. „Das ist eine Aufgabe, auf die ich mich sehr freue.“

Bundeskanzler, die in den Tiefen und Untiefen der Parteipolitik groß geworden sind, genießen das internationale Parkett – umso mehr, je länger sie amtieren. Dort stehen sie im Mittelpunkt des Interesses, was zu Lasten des jeweiligen Außenministers geht, der seit 1966 jeweils vom kleineren Koalitionspartner und nicht von der Kanzlerpartei gestellt wird. „Ober sticht Unter.“ Das war bei Merks erster EU-Präsidentschaft 2007 so, und die SPD-Führung hat sich darauf eingestellt, dass sich das wiederholt. Umso weniger erschließt es sich, weshalb der CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus Anfang des Jahres meinte, „es täte dem Land gut, wenn nach über 50 Jahren das Auswärtige Amt wieder von der Union geführt wird“. Oder war das etwa verschlüsselte Kritik an Merks Außenpolitik?

Merks Ratspräsidentschaft ist auch für den Bundestagswahlkampf von Belang. Sogar die europapolitischen Aussagen des CDU/CSU-Wahlprogramms wird sie prägen. Ohne Risiko ist das nicht. In Sachen EU-Verschuldung (Stichwort deutsch-französisches Corona-Hilfspaket) und China (Menschenrechte/Hongkong/Huawei) gibt es Differenzen zwischen Merks Realpolitik und Auffassungen der CDU (einschließlich der Kandidaten für den CDU-Vorsitz). Was Merkel als Ratspräsidentin durchsetzt, kann vom nächsten Unions-Kanzlerkandidaten nur unter hohen politischen Kosten korrigiert werden. Deshalb soll dieser erst nach dem Ende ihrer EU-Aufgabe im Januar nominiert werden. Gefahren hätten gelauert. Ist der Kandidat ein außenpolitischer Azubi? Verfügt die Kanzlerin noch über Rückhalt im eigenen Lager? Mit dem Zeugnis aber, „Europa als Stabilitätsanker in der Welt“ gefestigt zu haben, möchte sich Merkel von der Weltbühne und der Berliner Kleinkunstbühne verabschieden.

Abfall für alle

Warum Deutschland und Europa in der Klimapolitik in den vergangenen 30 Jahren versagt haben
Von Annika Joeres und Susanne Götz

In diesem Buch sieht sich niemand gerne: Für „Die Klimaschutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen“ (Piper Verlag) haben wir über Jahre und mit vielen verdeckten Quellen recherchiert, wer hinter eben jener Klimaschutzlobby steckt. Also denjenigen Personen, die seit Jahrzehnten dafür sorgen, dass der Ausstoß von CO₂ immer neue Rekorde erreicht.

Diese Spurensuche nach den Bremsern von Klimaschutz hatte aber seinen Preis: Klimawandel-Leugner erteilten uns Hausverbote auf ihrer Münchener Konferenz, Ökonomie-Professoren schrieben auf journalistische Anfragen, sie „wollten für ihre restliche Lebenszeit“ nichts mehr mit uns zu tun haben, das amerikanische Heartland-Institut brach Interviews mit uns ab. Das hat uns nur darin bestärkt, noch tiefer nach der Klimaschutzlobby zu graben. Wir wollten verstehen, warum heute nahezu alle Politiker und Wirtschaftslenker Millionen Klimabewegten auf der Straße applaudieren und am nächsten Tag Subventionen für Gas-Pipelines, Kohlekonzerne und Fleisch-Fabriken verlängern. Unser Buch gibt dieser Lobby aus Verbänden, markttradikalen Think-Tanks und Schlüsselfiguren in Deutschland, Europa und den USA Namen und Gesichter.

Ihren Einfluss hat die Klimaschutzlobby auch in diesen Tagen beim Konjunkturpaket unter Beweis gestellt: Die 130 Milliarden Euro schwere Hilfe unterstützt über die verringerte Mehrwertsteuer den gewohnten Konsum – auch SUVs, Kreuzfahrten und Nackensteaks werden billiger. Dem Konzern Lufthansa werden zudem neun Milliarden Euro bedingungslose Soforthilfe gegeben. Andererseits tastet die Bundesregierung, obwohl in Geldnot nach der Coronakrise, die jährlichen 60 Milliarden Euro klimaschädlicher Subventionen nicht an. Sie fließen beispielsweise in Dienstwagen, Kraftstoffe und ermäßigte Strom- und Energiesteuern für das produzierende Gewerbe.

Noch in den 1990er-Jahren war Deutschland weltweit führend im Klimaschutz. In Berlin eröffnete die damalige Bundesum-



Keine Ersatzreligion

weltministerin Angela Merkel 1995 die erste UN-Klimakonferenz. Und mit der Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes von Rot-Grün im Jahr 2000 verdreifachte sich innerhalb eines Jahrzehnts der Anteil der Erneuerbaren Energien auf knapp 18 Prozent.

Aber dann kippte die Stimmung, der Energie- und Klimawende wurden immer mehr Steine in den Weg gelegt. Mit der Merkel-Regierung ab 2005 folgte der SPD-Mann Sigmar Gabriel auf den Grünen Jürgen Trittin als Umweltminister. Gabriel misstraute seinem eigenen Ministerium, weil er dachte, dass dort nur grüne Überzeugungstäter säßen. So erzählen es verschiedene ehemalige Mitarbeiter.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein Beispiel für das Verwässern von guten Vorsätzen: Es hatte anfangs nur fünf Seiten – mittlerweile ist es ein Konvolut von 140 Seiten und über hundert Paragraphen, auch, weil Industrien wie konventionelle Hühnerfabriken begünstigt werden.

Als Gabriel – nun mehr Wirtschaftsminister – die erneuerbaren Energien 2014 wieder ins Wirtschaftsministerium holt, ist die Energiewende endgültig wieder in den Händen jener, die sie lange verhindern wollten, erklären uns mehrere ehemalige

Mitarbeiter. Das Wirtschaftsministerium weigere sich, die externen Kosten von konventioneller Energie in ihren Berechnungen zu berücksichtigen. Dazu zählen etwa gesundheitliche Schäden durch Quecksilber oder ökologische Folgen beim Verbrennen von Braunkohle. „Wir wurden misstrauisch beäugt“, sagt ein Mitarbeiter des Umweltministeriums, der sich plötzlich im Wirtschaftsministerium wiederfand. Sie wären wie Störenfriede in einer gut geöhlten Maschine behandelt worden.

Bis heute haben die Energieriesen und interessengesteuerte Think-Tanks einen besonders guten Draht ins Wirtschafts- und Verkehrsministerium. Thomas Bareiß, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion



ANNIKA JOERES
arbeitet als Klima-Reporterin bei der Investigativredaktion correctiv.org und als Autorin in Frankreich für *Die Zeit* und weitere überregionale Medien.

in Berlin, wirbt beispielsweise für die Klimapolitik der Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Der Arbeitgeberverband Metall wiederum finanziert die Kampagnen des INSM mit jährlich rund sieben Millionen Euro. Der Verband ist der wichtigste Lobbyist für Autos und Maschinen: VW, BMW, Ford, der Autozulieferer Schaeffler und der Maschinenbauer MAN gehören zu den umsatzstärksten Mitgliedern des Vereins. Firmen also, die unter Tempolimits, CO₂-Preisen und günstigeren Zügen Profit einbüßen würden.

Entscheider in der schwarz-roten Regierung Merkel vertrauen eher auf die Narrative von Wirtschaftsmanagern und neoliberalen Ökonomen als den Fakten ihrer eigenen wissenschaftlichen Referenten. „Wir bereiten Papiere vor, von vorne bis hinten kalkuliert und geprüft, aber wenn ein Vertreter der fossilen Industrie sagt: ‚So viel Windkraft schaffen wir nicht‘, dann verschwindet das Papier wieder in der Schublade“, erzählen Mitarbeiter. Im Zweifel würde dann eher einem Gespräch mit einem Lobbyisten einer Maschinenfabrik gefolgt als einem 30-seitigen Papier zur Energiewende aus seinem eigenen Ressort.

Der Wirtschaftsflügel hat dafür gesorgt, dass Stephanie von Ahlefeldt an der Spitze der Abteilung III, „Energiepolitik – Strom und Netze“ stehen wird. Von Ahlefeldt arbeitete zuvor im Bundestagsbüro von Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann (CDU), der zugleich Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist. Linnemann wiederum ist Teil des intern so getauften „Bermudadreieck der Energiewende“, bestehend aus den



SUSANNE GÖTZ
ist promovierte Historikerin, Wissenschaftsredakteurin beim *Spiegel* und freie Journalistin für den *Deutschlandfunk*, *SZ*, *Freitag* und *Cicero*.